



ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER HAMBURGER POLIZEI

Orientierungslos ins Jahr 2013? – Politik muss Verantwortung übernehmen!

Zu Beginn des Jahres 2013 steht die Hamburger Polizei vor gewaltigen Problemen, von denen noch nicht eines gelöst wurde. Bei vielen Kolleginnen und Kollegen ist das Gefühl vorherrschend, dass alles vor sich hin treibt – alles stockend und ohne jede Mitarbeiterbeteiligung. Ob Nachwuchsgewinnung, Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge, Beförderungs- und Beurteilungssystem, Umgang mit Dienstunfällen, der Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen und die Umstrukturierung der Hamburger Polizei – das waren die großen Themen 2012, und es werden die Themen für 2013 bleiben – jetzt nur noch drängender.

Wer verfolgt welche Ziele?

Ein planvoll geführtes Vorgehen ist nicht erkennbar, vielmehr sind viele Köche dabei, jeweils den eigenen Brei anzurühren. Die Kollegenschaft spielt hier nur noch eine untergeordnete Rolle. Auch die Sinnhaftigkeit weiter Teile des Prozesses wird in Frage gestellt und von den Kolleginnen und Kollegen nicht mitsondern nur noch ertragen.

Doch im Einzelnen: Von der konsequenten Umsetzung der Ziele von ProMod, die im Wesentlichen die Stärkung der örtlichen Ebene zum Inhalt hatten, wurde offenkundig abgewichen. Die Ziele waren offenbar nur Nebelkerzen, hinter denen das tatsächliche Ansinnen, nämlich Arbeitsverdichtung und Kostenreduzierungen durch Stellenstreichungen und Stellenabbau, versteckt wurden.

Auf dem Weg in die Zentralisierung!

Von einer Stärkung der örtlichen Ebene kann im schutzpolizeilichen Bereich

der Polizei Hamburg keine Rede mehr sein – im Gegenteil: Dort stehen wir einer Zentralisierung im nie dagewesenen Ausmaß und der weitgehenden Entmündigung der PK-Ebene gegenüber.

Wenn für die Umstrukturierung Verantwortliche jetzt die Abschaffung der Polizeidirektionen als Fehler bezeichnen, sind dies angesichts der sich abzeichnenden Entwicklungen nur noch hohle Sprüche.

Vor allem das Einklagen einer neuen Führungskultur ist angesichts des tatsächlichen und unsäglichen Umganges mit den Kolleginnen und Kollegen nur

dann Initiative zeigt, wenn es der Druck von außen erfordert (Umgang mit Dienstunfällen, Freie Heilfürsorge)? Ohne eine vernünftige Innenpolitik kann die innere Sicherheit unserer Stadt nicht gewährleistet werden. Ganz entscheidend aber sind die beruflichen Perspektiven, die den Kolleginnen und Kollegen in der Hamburger Polizei eröffnet werden müssen. Die GdP hält an der Forderung der zweigeteilten Laufbahn fest, weil Polizeidienst mindestens „gehobener Dienst“ ist und weil wir nur so die Nachwuchsgewinnung im Konkurrenzkampf mit ande-



das Verdrücken von „Krokodilstränen“, die besser nicht mehr vergossen werden sollten. Wenn es darum geht, über 50-Jährige wieder „auf die Straße“ zu schicken, Beschäftigte von ihren Aufgaben zu entbinden und diese Aufgaben an die örtliche Ebene zu verlagern, dann ist das schlicht sozial unverträglich und wird den offiziell postulierten Zielen nicht gerecht.

Politische Verantwortung für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Man muss sich vergegenwärtigen, dass derzeit Sozialdemokraten in Hamburg regieren. Was ist das für eine „Arbeitnehmerpartei“, die über die Bedürfnisse der ihr anvertrauten Beschäftigten in der Hamburger Polizei hinwegtrampelt? Was ist das für eine Innenpolitik, die nur

ren Bundesländern bzw. mit der freien Wirtschaft sicherstellen können. Tatsächlich aber wird an der Zementierung des alten „Dreiklassensystems“ gearbeitet – obwohl bereits feststeht, dass man den Nachwuchs für den mittleren Dienst nicht mehr in ausreichender Anzahl gewinnen kann.

Eine solche Politik ist verantwortungslos, weil sie die Realität missachtet und nur von Tag zu Tag ausgerichtet ist. Von einer strategischen Ausrichtung keine Spur – für die GdP ist das nach den bisherigen Erfahrungen keine Überraschung mehr. In einer solchen Situation ist eine starke Gewerkschaft gefragt – weil der Einzelne sich nicht wehren kann. Die Hamburger Polizei braucht Orientierung – sie braucht eine Innenpolitik, die die Realitäten akzeptiert und entsprechende Schlüsse daraus zieht.

Der Landesbezirksvorstand



PENSIONIERUNG

Ruhestandsverfahren nach schwerem Dienstunfall positiv entschieden

Nach einem langen und harten Ringen, insbesondere mit dem Personal-Ärztlichen-Dienst (PÄD) des Personalamtes wurde unser Kollege Martin Jörns in den Ruhestand verabschiedet. Martin wurde 2005 bei einer Schießerei in Wandsbek lebensgefährlich verletzt. Ein Projektil durchdrang seinen Bauch und blieb neben der Wirbelsäule stecken.

Nach entsprechender Operation und Genesung versuchte Martin seinen Dienst wieder aufzunehmen – trotz dauerhafter Rückenschmerzen. Der PÄD führte die Rückenschmerzen nicht auf die erlittene Verletzung zurück – vielmehr könnten ja auch andere Gründe für die Schmerzen gegeben sein. Martin stand unter dem Schutz der GdP und damit unter dem Schutz aller GdP-Mitglieder. Letztlich brachte seine Leidensgeschichte das Fass



V. l.: Gerhard Kirsch, Martin Jörns und Frank Fock

zum Überlaufen – bis hin zu einem politischen Überdenken des Umganges mit Dienstunfallopfern in Hamburg. Insbesondere dem Innensenator Michael Neumann ist es zu verdanken, dass der politische Wille zur Verbesserung der Situation von Dienstunfallopfern nun auch im Beamtenversorgungsgesetz umgesetzt wer-

den soll. Dieser Prozess ist nach wie vor nicht abgeschlossen, denn es gibt weitere Dienstunfallopfer, die Schreckliches erlebt haben und die ihre Rechte einklagen müssen. Hamburg steht mit der schlechten Behandlung seiner Dienstunfallopfer in der Schandecke. Die GdP Hamburg wird nicht eher ruhen, bevor sich diese Situation nicht entscheidend verbessert hat. Martin Jörns wurde nun rehabilitiert und pensioniert. Das feierte er mit vielen Kolleginnen und Kollegen, die im Einsatz und im Leben mit ihm verbunden waren. Insbesondere seine tapfere Frau und seine Kinder, die ihm über die Leidensjahre hinweg fest zur Seite gestanden haben, waren erleichtert über das Einsehen des Dienstherrn. Die GdP Hamburg dankt insbesondere dem ehemaligen Leiter der ZP 6, Manfred Senddecky, und seinem Vertreter Kay Chandony für ihren unglaublichen Einsatz für Martin.

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 -18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joemclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

TARIFRUNDE 2013

Beamte, unterstützt unsere Beschäftigten!

Ende Januar wurden die ersten Verhandlungen im Rahmen der Tarifrunde 2013 geführt. Während die Forderungen auf Gewerkschaftsseite klar sind, erscheinen die Haltungen der Arbeitgeber ebenso eindeutig: Jede Tarifierhöhung ist schädlich für die öffentlichen Haushalte.

6,5 Prozent

Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Wir fordern 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente bei einer Laufzeit von zwölf Monaten sowie eine Übernahmeregung für die Auszubildenden. Bestärkt werden wir dabei von mehreren Sachverständigen aus der Wirtschaft, die feststellen, das mit einem vernünftigen Tarifabschluss eine Erhöhung der Kaufkraft ver-

bunden ist. Und außerdem: Seit Jahren sinken die Reallöhne. Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende und zuständig für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand: „Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalabbaus hinter sich, mit dem Ergebnis ständig wachsender Aufgaben und zunehmender Arbeitsverdichtung. Sie wollen nicht auch noch zusätzlich die rote Laterne in der Einkommensentwicklung tragen.“

Zeit- und inhaltsgleiche Übernahme

Genau dies hat Bürgermeister Scholz den Hamburger Beamtinnen und Beamten über die Gewerkschaften im letzten Jahr schriftlich versichert. Und genau daher ist es Aufgabe und Pflicht, sich solidarisch zu zeigen und an den Aktionen unserer Beschäftigten zu beteiligen. Hier geht es um das Gehalt aller Beschäftigten. *Der Landesbezirksvorstand*





Aktionsbündnis „Freie Heilfürsorge“

„Freie Heilfürsorge“ für alle!

2005 wurde die „Freie Heilfürsorge“ ohne jegliche Prüfung belastbarer Daten als Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes abgeschafft.

Die Auswirkungen:

- alle zu diesem Zeitpunkt im aktiven Dienst befindlichen Vollzugsbeamtinnen und -beamten beteiligen sich seit dem mit 1,4% an ihrer Heilfürsorge,
- alle Neueinstellungen und Länderwechsler seit 2005 haben keinen Anspruch auf die Heilfürsorge und müssen sich mit erheblichen Kosten privat versichern.

Die Konsequenzen:

- Soziale Spaltung der Kollegenschaft durch den Dienstherrn,
- rückläufige Bewerberzahlen,
- mangelnde Attraktivität des Polizeiberufes in Hamburg.

**Das sind die Folgen dilettantischer und kurzsichtiger Politik!
Es reicht! Das nehmen wir nicht mehr hin!**

In einem gemeinsamen Vorgehen fordern BDK, DPoIG und GdP den Senat auf, endlich ein deutliches Zeichen zu setzen und die „**Freie** Heilfürsorge“ für ALLE wieder einzuführen. Die Tätigkeit als Vollzugspolizist ist ein besonders gefahrengelegter Beruf. In § 107 Abs. 1 des Hamburger Beamtengesetzes steht: „Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte haben ihre Amtspflichten unter Einsatz ihrer Person, notfalls auch ihres Lebens, zu erfüllen.“ Dieser besonderen - körperlichen - Verpflichtung der Beamtenschaft steht eine entsprechende Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn, also des Senates, gegenüber, und die heißt: **Freie Heilfürsorge!**

Herr Senator Neumann!

Lassen Sie Ihren Worten auf den zurückliegenden Personalversammlungen - wo sie die Senatsentscheidung von 2005 als Fehler deklariert haben - Taten folgen und setzen Sie die Wiedereinführung der „Freien Heilfürsorge“ ohne Wenn und Aber um!

Wir, die Polizeigewerkschaften, werden Ihr Gesprächsangebot annehmen:
Gemeinsam, stark und solidarisch für alle Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg!



Anerkennung der Bad Pyrmonter Kriterien festschreiben! GdP begrüßt Initiative des Innensenators in Hamburg

In Hamburg wird erstmals die Anwendung der Kriterien für die Begutachtung Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) allgemein anerkannt. Dazu soll das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz geändert werden. Die GdP Hamburg begrüßt diese Initiative des Senators für Inneres und Sport und erwartet, dass dies zu einer deutlich verbesserten Rechtsstellung der Betroffenen führt.

Der Landesvorsitzende der GdP Hamburg Gerhard Kirsch, der sich zusammen mit vielen Betroffenen bereits seit über

einem Jahr mit diesem Thema auseinandersetzt, sieht ein wichtiges Ziel erreicht: „Dem Problem des Nachweises der Kausalität wird damit begegnet und eine Regelung getroffen, die auf Bundesebene bei Einsatzunfällen der Bundeswehr bereits in Kraft ist. Damit wird die Beweisführung für unsere Kolleginnen und Kollegen endlich erleichtert.“

Die neue Regelung als Ergänzung zu § 34 HmbBeamtVG soll das erhöhte Risiko bei dienstlichen Einsätzen konkretisieren, bei denen Waffen eingesetzt wurden. Dabei soll auch der Einsatzbegriff weit zu verstehen sein und sich ausdrücklich nicht nur auf die Polizei, sondern

auch auf Tätigkeiten der Feuerwehr und des BOD beziehen. Ausdrücklich soll die Anwendung wissenschaftlich anerkannter Klassifizierungen ermöglicht werden.

„Endlich wird auch für die Sachverständigen des PÄD verbindlich geregelt, dass im Rahmen der Gutachten Klassifizierungen wie die anerkannten Bad Pyrmonter Kriterien bei der Begutachtung von PTBS herangezogen werden müssen,“ stellt Gerhard Kirsch fest. „Wir erwarten, dass auch bei bereits zurückliegenden Begutachtungen diese Maßstäbe angelegt und im Sinne der Betroffenen zügig entschieden werden.“

Der Landesvorstand

RECHTSPRECHUNG

Besoldung für Beamte nach Dienstaltersstufen auf Grundlage des Lebensalters europarechtswidrig

Das bis zum 31. März 2011 geltende Besoldungsrecht in Sachsen-Anhalt verstößt gegen das europarechtliche Diskriminierungsverbot. Das Land Sachsen-Anhalt wird daher verpflichtet ca. 10 000 € Besoldung an den Kläger nachzuzahlen. Dies hat das Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt nunmehr entschieden.

Der Kläger im vorliegenden Fall hatte gerügt, seine Besoldung auf der Basis der Einstufung in vom Lebensalter bestimmte Dienstaltersstufen verstoße gegen das Verbot der Altersdiskriminierung.

OVG folgt Rechtsauffassung des Klägers

Das Obergerverwaltungsgericht ist – wie schon das Verwaltungsgericht – im Kern der Rechtsauffassung des Klägers gefolgt und hat auf der Grundlage mehrerer Entscheidungen des Europäischen

Gerichtshofes entschieden, dass die Besoldung nach Dienstaltersstufen gemäß §§ 27, 28 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung aus dem Jahr 2002 nicht in Übereinstimmung mit der Richtlinie 2000/78/EG des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf stehe.

Geringere Besoldung für jüngere Beamte trotz gleicher Qualifikation

Die Zuordnung zu Dienstaltersstufen nach der hier noch maßgeblichen Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes richtete sich maßgeblich nach dem Lebensalter, so dass lebensjüngere Beamte trotz gleicher Qualifikation allein aufgrund ihres Alters eine geringere Besoldung erhielten als lebensältere Beamte. Diese Ungleichbehandlung sei nicht durch ein sozialpolitisches Ziel – etwa die Anerkennung von Berufserfahrung – gerecht-

fertigt und deswegen als Diskriminierung anzusehen. Aus diesem Grund habe der Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt zum 1. April 2011 das Besoldungsrecht europarechtskonform dahingehend geändert, dass es nunmehr auf sog. Erfahrungsstufen beruhe und nicht mehr maßgeblich auf das Lebensalter abstelle.

Keine „Anpassung nach oben“ für den Kläger

Anders als das Verwaltungsgericht hat das Obergerverwaltungsgericht aber nicht die vom Kläger begehrte „Anpassung nach oben“, d. h. dessen Einstufung in die höchste Besoldungsstufe ausgesprochen, sondern sich an der im Zeitpunkt der Einstellung des Klägers maßgeblichen Regelhöchstaltersgrenze orientiert.

Im Übrigen hat das Obergerverwaltungsgericht in Anwendung des besoldungsrechtlichen Grundsatzes der zeitnahen Geltendmachung Ansprüche nur ab Beginn des Jahres zuerkannt, in welchem diese geltend gemacht worden sind.



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Institut für Rechtsmedizin bietet Unterstützung an!

GdP führte Gespräch mit dem Institut für Rechtsmedizin!
In einem Gespräch des Fachbereiches Schutzpolizei mit Frau Dr. med. Seifert, Institut für Rechtsmedizin (IfR), stellte diese fest, dass Straftäter vor Gericht häufig nur deshalb „davon kommen“, weil „viel zu viele Kolleginnen und Kolle-

gen ihre erlittenen Verletzungen nicht durch das IfR begutachten und dokumentieren lassen!“

Dabei sind die Gutachten des IfR unanfechtbare Grundlagen für die Bearbeitung von Dienstunfällen und werden auch von den Gerichten als unumstößliche Beweise gewertet. Die GdP nimmt die Anmerkungen von Frau Dr. med. Sei-

fert zum Anlass, diese in der Kollegschaft zu verbreiten.

Das IfR (Rechtsmedizinische Untersuchungsstelle für Opfer von Gewalt – Frau Dr. med. Seifert) ist erreichbar unter der Tel.-Nr.: 7 41 05-21 27

Euer Fachbereich Schutzpolizei

ZUKUNFT WASSERSCHUTZPOLIZEI

225 Jahre WSP Hamburg und NU??

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit wurde der 225. Geburtstag der Hamburger Wasserschutzpolizei gefeiert. Überall hörte man Lobeshymnen. Eine der besten der Welt sollen wir sein!

Aber was passiert nach diesem Geburtstag? Wird die Arbeit wirklich gewürdigt?

Tatsächlich hat man oftmals nicht den Eindruck. Jeden Tag hört man neue Gerüchte. Einige bewahrheiten sich, andere verpuffen.

Aber was ist mit denen, die sich bewahrheiten? Z. B., dass die Personalkoordination künftig in Alsterdorf und demzufolge weit weg von der WSP sitzt? Oder die Grundlastenproblematik der WSPK's?

Das sind nur zwei Stichpunkte, die aber dafür ins Tiefe gehen und die Belegschaft der WSP unzufrieden machen. Die Stimmung ist sehr gereizt, Unzufriedenheit macht sich breit, Unplanbarkeit führt zu Verdruss. Das „Wir-sind-eine-Schicht-Gefühl“ bleibt auf der Strecke, Egoismus ist die Folge. Wer springt denn freiwillig noch für Kollegen ein?

Aber was soll das Ziel sein, und welche Rolle spielt hier der Landesfachbereich WSP in der GdP?

Wir als Landesfachbereich WSP der GdP wollen nicht draufhauen, wir wollen mitreden und konstruktive Vorschläge mit der Leitung der WSP und der Behördenleitung erarbeiten. Das mit Bedacht und Zeit! Um Themen aufzuarbeiten wird sich der Landesfachbereich aus diesem Grund zu einem Sonderseminar zusammenfinden. Von den Ergebnissen werden wir berichten.

Welche Rolle spielt dabei das Mitglied? Also Ihr als Polizeibeamte in der GdP!

Wir als Fachbereich brauchen Eure Hilfe! Nur wenn wir von Problemen und Themen Kenntnis haben, die Euch bewegen, können wir für Euch tätig werden. Das wollen wir auch gerne für Euch tun.

Das dieses selbstverständlich vertraulich geschieht, versteht sich von selbst. Also scheut Euch nicht, schreibt uns, ruft an, wenn der Schuh drückt.

Für das Jahr 2013 wünschen wir Euch Gesundheit, Kraft und wieder Spaß im Beruf.

Euer Landesfachbereich WSP



Vielen Dank für die geleistete Gewerkschaftsarbeit

Die Mitglieder des Fachbereiches Senioren haben auf ihrer Versammlung am 8. Januar 2013 die langjährige stellvertretende Vorsitzende, Kollegin Rita Bantin, den Kollegen Gert Besserdich (Beisitzer im Vorstand) und den Kollegen Günter Oppertshäuser (stellvertretendes Mitglied im Kontrollausschuss) gebührend verabschiedet und für die geleistete Arbeit „Danke“ gesagt!

Rita ist durch ihre immer so freundliche und offene Art bei den Mitgliedern sehr beliebt gewesen, da sie sich immer mit ganzem Herzen um die brennenden Angelegenheiten der Senioren gekümmert hatte.

Rita war 1973 in die Gewerkschaft ÖTV eingetreten und wechselte ein paar Jahre später in die GdP. Gewerkschaftlich engagierte sich Rita während ihrer gesamten Dienstzeit, so war es auch nicht verwunderlich, dass sie 1993 in den Vorstand des Fachbereiches Senioren gewählt wurde und das Amt der Schriftführerin übernahm. Einige Jahre später wurde Rita zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Rita war immer mit großer Freude und starkem gewerkschaftlichen Engagement, zum Wohle unserer Kolleginnen und Kollegen dabei.



Klaus-Peter Leiste dankt Rita Bantin und Günter Oppertshäuser für ihr langes gewerkschaftliches Engagement.

Für Rita war es immer sehr wichtig, dass all unsere Senioren gut und ausführlich über die gewerkschaftliche und gesellschaftliche Seniorenpolitik informiert werden.

So setzte sie sich auch im Landesbezirksvorstand, auf den Delegiertentagen des Landesbezirkes sowie im Senioren Bundeskongress für Verbesserungen der zu betreuenden Senioren ein.

Rita war für den Fachbereich Senioren auch in dem Arbeitsgremium der DGB Hamburg Senioren – Koordinierungsgruppe und auch in den GdP-Bundesarbeitskreisen APS (Aktivprogramm Senioren – Ansprechpartner Senioren) und „Betreutes Wohnen“! Hier engagierte sich Rita sehr aktiv, denn das war ihr Steckenpferd.

Wir sagen „Danke“ liebe Rita, für deine so engagierte Gewerkschaftsarbeit.

Unser Vorstandsmitglied (stellvertretender Schriftführer) Gert-A. Besserdich (69) trat nach Ende seiner Ausbildung zum Im- und Exportkaufmann 1964 in die Polizei Hamburg ein. Gewerkschaftlich engagierte sich Gert schon gleich

nach seiner Polizeiausbildung und übernahm das Amt des GdP-Vertrauensmann und engagierte sich für seinen Kollegen an den Dienststellen. Mit Eintritt in den Ruhestand 2012 wurde Gert in den Vorstand des Fachbereiches Senioren gewählt und übernahm dort das Amt des stellvertretender Schriftführers und arbeitete schwerpunktmäßig im APS-Programm (Aktiv Programm Senioren – Ansprechpartner Senioren) mit. Somit war Gert zehn Jahre lang ein sehr beliebter und gern gesehener Ansprechpartner für unsere Seniorinnen und Senioren, wenn diese z. B. Unterstützung und Hilfe bei der Antragsstellung im Beihilferecht etc. benötigten.

Liebe Rita, lieber Gert und lieber Günter, wir wünschen euch nun etwas mehr Ruhe in eurem wohlverdienten Ruhestand, und genießt die freie Zeit bei bester Gesundheit, das wünschen wir euch! In der nächsten DP-Ausgabe werden wir über unserem Kollegen Günter Oppertshäuser berichten.

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereichsvorsitzender**

Anzeige

**Notdienst der
Glaserinnung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene
Auftragsannahme



NACHWAHLEN

Wechsel im Seniorenvorstand

Auf der gut besuchten Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren, am Dienstag, den 8. Januar 2013, im Personalrestaurant des Polizeipräsidioms, wurden ein neuer stellvertretender Vorsitzender sowie zwei Beisitzerinnen in den Fachbereichsvorstand gewählt.



V. l.: Kollege Manfred Hoge, Hans-H. Fritsche, Kollegin Gundula Thiele-Haeckel, Klaus-Peter Leiste, Reinhold Knüppel, Kollegin Karin Schulz-Torge, Horst Kruse, Werner Grimm und Kollegin Siglinde Stratmann

Unser Kollege Horst Kruse (bisheriger Beisitzer) wurde einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für die zwei freien Beisitzerämter bewarben sich die Kolleginnen Siglinde Stratmann und die Kollegin Gundula Thiele-Haeckel! Beide Kolleginnen wurden von den anwesenden Mitgliedern in den Fachbereichsvorstand gewählt. Der Vorstand freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit Siglinde und Gundula, die bisher schon gewerkschaftlich sehr engagiert waren. Die neu gewählten Vorstandsmitglieder bedankten sich bei allen anwesenden Mitgliedern für das ihnen

ausgesprochene Vertrauen und werden sich mit aller Kraft für ihre Mitglieder des Fachbereiches Senioren einsetzen und sich gegenseitig bei der Bewältigung der anfallenden Aufgaben im Seniorenbe-

reich unterstützen. In der nächsten Ausgabe der DP werden wir die neu gewählten Kolleginnen vorstellen.

Klaus-Peter Leiste, Vorsitzender

BESICHTIGUNG

Eine ganz besondere „Treppe“!

Am 17. April, um 12.00 Uhr, wollen wir die „längste Treppe Europas“ besichtigen! Ja, diese befindet sich in Geesthacht an der Elbe!



Es handelt sich um eine 550 m lange Fischaufstiegstreppe mit 45 Einzelbecken, welche im Sommer 2010 in Betrieb genommen wurde. Interessierte Mitglieder melden sich umgehend bei unseren Kolleginnen der GdP-Geschäftsstelle (Petra Holst oder Steffi Orgel) telefonisch an (Tel.: 0 40-28 08 96-0)!

Nähere Informationen erhaltet ihr von dort!

Die Führung ist kostenlos! Wir bitten um eigene Anreise wie z. B. mit dem eigenen PKW (evtl. Fahrgemeinschaften) oder mit dem Linienbus (Linie HVV 31 von Hauptbahnhof/ZOB über Berli-

ner Tor; Bergedorf nach Geesthacht – Fahrzeit ca. 50 Minuten)!

Der Fachbereichsvorstand freut sich wieder auf eine große Resonanz und wünscht schon jetzt viel Spaß und Freude bei der Betriebsführung der Fischtreppe in Geesthacht!

Weitere Infos gibt es auch auf der Informationsseite unter www.vattenfall.de/fischaufstieg.

**Klaus-Peter Leiste,
Vorsitzender FB Senioren**

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung

Unsere nächste Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren findet am

12. Februar 2013 um 15.00 Uhr

im Personalrestaurant des Polizeipräsidioms statt.

Wie schon in der DP-Ausgabe 12/2012 angekündigt, ist unser Polizeipräsident, Herr Wolfgang Kopitzsch, eingeladen, der über die aktuellen Themen aus der Polizei sprechen wird und der gerne zur Versammlung kommt.

Der Fachbereichsvorstand freut sich wieder auf eine gut besuchte Veranstaltung.

**Euer Fachbereichsvorstand
Senioren**



WIR GRATULIEREN ZUM

70. Geburtstag

- 5. Februar 2013 Joachim Darkow
- 11. Februar 2013 Birgit Legrand
- 13. Februar 2013 Holger Lütjens
- 17. Februar 2013 Hans Kowalski
- 26. Februar 2013 Udo Baasch

75. Geburtstag

- 2. Februar 2013 Gisela Marten
- 4. Februar 2013 Heinz Göris
- 7. Februar 2013 Horst Peters
- 8. Februar 2013 Klaus Freudenberg
- 12. Februar 2013 Richard Busch
- 13. Februar 2013 Peter Schmidt
- 15. Februar 2013 Ekhard Ebert
- 18. Februar 2013 Heidi Peikert,
Boie Wolter
- 27. Februar 2013 Jürgen Hanke

80. Geburtstag

- 3. Februar 2013 Horst Sellner
- 15. Februar 2013 Hans Bretschneider
- 21. Februar 2013 Rolf Bössow

85. Geburtstag

- 3. Februar 2013 Gerhard Kuptz,
Bernhard Wierzbinski
- 22. Februar 2013 Erich Köster
- 25. Februar 2013 Ursula Schmidt

86. Geburtstag

- 22. Februar 2013 Albert Fehlberg

87. Geburtstag

- 15. Februar 2013 Helmut Kleiß
- 18. Februar 2012 Werner Miellau
- 28. Februar 2013 Karl-Heinz Neuwerk

88. Geburtstag

- 1. Februar 2013 Hildegard Sahn

90. Geburtstag

- 18. Februar 2013 Edith Westphal
- 26. Februar 2013 Herta Niemann

91. Geburtstag

- 27. Februar 2013 Otto Lange

92. Geburtstag

- 1. Februar 2013 Anneliese Sage
- 25. Februar 2013 Elli Tietz
- 29. Februar 2013 Justus Haack

98. Geburtstag

- 2. Februar 2013 Rosamunde Pietsch

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: 0 40/28 08 96-17.**

wohlverdienten Ruhestand

- 17. Februar 2013 Knud-Olaf Heinbockel PHK WSP 22

Der Fehlerteufel hatte sich eingeschlichen, hier folgt die Korrektur:
5. Januar 2013
Hans-Hermann Hülsen PHK PK 25



STERBEFÄLLE

Anzeige



Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher - auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.



- | | |
|---|---|
| 3. Dezember 2012
Rudolf Schmidt POK i. R. (73) | 13. Dezember 2012
Jürgen Brinkmann POK i. R. (71) |
| 4. Dezember 2012
Wilhelm Schlichting PHK i. R. (74),
Günter Schipper PHK i. R. (86) | 18. Dezember 2012
Notburga Porep Ang'e i. R. (87),
Hermann Kramer PHK SD (58) |
| 5. Dezember 2012
Lothar Kudling PHM i. R. (84) | 22. Dezember 2012
Dieter Aster PHM i. R. (74) |
| 6. Dezember 2012
Walter Niebuhr KOR i. R. (71) | 30. Dezember 2012
Kurt Goettert Maler i. R. (75) |
| 8. Dezember 2012
Harm Wacker Ang. i. R. (84),
Willi Belmer PHM i. R. (69) | 31. Dezember 2012
Herbert Müller PHK i. R. (92) |
| 11. Dezember 2012
Erwin Wilke EPHK i. R. (89) | |

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

